



Zehn Anregungen für eine effektive Bürgerbeteiligung – Erfahrungen im Konflikt um die „Uckermarkleitung“

1. Effektive Bürgerbeteiligung ist auf der Basis der bestehenden Regelungen fast nicht möglich. Es ist illusorisch zu glauben, die Bürger könnten während regulärer Bürozeiten eines Amtsbetriebs die umfangreichen und sachlich komplizierten Planungsunterlagen durcharbeiten, die Auswirkungen und ihre Betroffenheit erkennen und ihre Beteiligungsrechte wahrnehmen. Und dies unter Wahrung der Fristen: vier Wochen Auslegungsfrist plus zwei Wochen Einwendungsfrist bei Planfeststellungsverfahren. Ohne kompetente Hilfe ist das nicht zu leisten. Auch für den Amtsbetrieb stellt die Bürgerbeteiligung bei großen Infrastrukturprojekten eine organisatorische Herausforderung dar. Die Akten erschließen sich nicht von selbst! Auch die MitarbeiterInnen der Bauämter oder -dezernate erhalten die Details der Planung nicht früher. Sie könnten dem Bürger, selbst wenn sie wollten nur wenig helfen, da sie sich selbst erst einarbeiten müssten, wozu ihnen oft die Zeit fehlt.

2. Effektive Bürgerbeteiligung in den Planungsschritten, etwa Raumordnungsverfahren und Planfeststellungsverfahren setzt voraus, dass die Bürger auf allen Stufen des Planungsprozesses, also auch im Vorfeld, über die beabsichtigte Planung informiert werden und zwar in einer Form, die die Bürger wirklich erreicht. Der Aushang im Schaukasten der Gemeindeverwaltung ist hier unzureichend, wie auch die Veröffentlichung im Amtsblatt, die nur formaljuristische Funktion hat. Hier sind neue Wege zu beschreiten, die das Interesse des Bürgers wecken und die Medien bewusst einbeziehen. Mediale Begleitung aller Planungsschritte sollte selbst Teil der Planung sein, um Öffentlichkeit herzustellen.

3. Effektive Bürgerbeteiligung sollte von den Kommunen (mit)organisiert werden. Die Planungsvorhaben sollten in den Gemeinderäten und auf Bürgerversammlungen transparent dargestellt und diskutiert werden. Zur Verstärkung dieses Prozesses

wäre die Einführung von Bürgerforen eine Möglichkeit, in Einklang mit §13 Kommunalverfassung: „Einwohnerversammlungen oder andere Formen kommunaler Öffentlichkeitsarbeit...“.

4. Das Bürgerforum ist eine informelle Organisationsstruktur, ein Ort, an dem die Planungsschritte jeweils öffentlich dargestellt und diskutiert werden. Dies setzt eine kontinuierliche informelle Zusammenarbeit von Planern, Kommunen, interessierten Bürgern und Vertretern der Genehmigungsbehörden voraus. Bürgerforen sind auch Orte der persönlichen Begegnung, an denen die Anonymität einer Behörde oder eines Konzerns zurücktritt.

5. Der Informationsprozess müsste organisiert werden, etwa durch Bürgerforen. Dazu reichen die derzeit geltenden Fristen nicht aus. Angesichts der Dauer der Planungs- und Genehmigungsverfahren von bis zu 12 Jahren ist die Verlängerung der Fristen auf 3 oder sechs Monate völlig unproblematisch.

6. Das Raumordnungsverfahren sollte so organisiert werden, dass der Raumordnungsbeschluss als Verwaltungsakt einer verwaltungsgerichtlichen Prüfung zugänglich gemacht werden kann. So hat der Abschlussbericht im Raumordnungsverfahren bei der gegenwärtigen Rechtslage nur empfehlenden Charakter für die weitere Planung. Er ist kein Verwaltungsakt, hat aber eine präjudizierende (vorfestlegende) Wirkung für alle entscheidenden Fragen.

7. Die Veröffentlichung der Planungsunterlagen in digitalisierter Form sollte gesetzlich vorgeschrieben werden. Ansonsten sind schon sämtliche Berufstätige von einer Beteiligung ausgeschlossen.

8. Ohne unabhängige Gutachter können auch Bauämter und kommunale Verwaltungen eine komplexe Infrastrukturplanung nicht beurteilen. Deshalb müssen von Anfang an Mittel zur Finanzierung dieser Gutachten und für die Öffentlichkeitsarbeit in die Haushalte eingestellt werden. Die Gutachten sollten auch den Bürgern zugänglich ge-

macht werden. In unserem Fall konnte dies teilweise durch die Bürgerinitiative in Kooperation mit den Ortsvorstehern und engagierten Stadtverordneten geschehen, aber die Bürgerinitiative war in gewisser Weise auch überfordert. Immerhin hat sie 1233 Einwendungen von Betroffenen mobilisiert und bei der Erarbeitung von Stellungnahmen der Kommunen durch die Beauftragung von unabhängigen Gutachtern mitgewirkt.

9. Effektive Bürgerbeteiligung würde auch einen Mentalitätswandel in den Verwaltungen und bei den Vorhabenträgern und Planungsbüros voraussetzen, hin zu einer Beteiligungskultur. Unsere BI musste immer wieder feststellen, dass die Verwaltungen die Nachfragen und Anregungen der BI zunächst eher abgewehrt als aufgegriffen haben. Oft wurden Briefe und Anfragen nicht beantwortet, bei kniffligen Fragen in der Gemeindevertretung wurde das Rederecht entzogen bzw. die Diskussion abgebrochen, Räume für öffentliche Diskussionen, Unterschriftensammlungen oder Pressekonferenzen wurden nicht zur Verfügung gestellt usw.. Dazu gehört auch das absurde Spiel, zu einer öffentlichen Diskussion einzuladen um dann mit Bezug auf §36 der Kommunalverfassung die relevanten Themen im nichtöffentlichen Teil zu behandeln und die Bürger wieder nach Hause zu schicken. Dieser §36 ist daher zu novellieren.

10. Um die Bürgerbeteiligung zu stärken, sollte der öffentliche Erörterungstermin gesetzlich vorgeschrieben und nicht ins Belieben der Genehmigungsbehörde gestellt sein. Der Erörterungstermin könnte durch das Bürgerforum vorbereitet werden.

Hartmut Lindner,

Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland

Hartmut Lindner engagiert sich seit Beginn (Juni 2008) in der „BI-Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!“ und vertritt die BI als Sprecher seit zwei Jahren in der Öffentlichkeit.



Drei Touren konnten in diesem Jahr vom NaturFreunde Landesverband unter der Leitung unserer Fachreferentin „Natur und Umweltschutz“ Grit Gehrau durchgeführt werden. Die erste führte über unseren [NaturTrail](#) „Entlang der Nuthe“. Bereits im Mai trafen sich rund 20 Kinder des Umwelteams der Potsdamer Bruno-H.-Bürgelschule am Eingang unseres [Natura-](#)

[Trails](#), ausgerüstet mit GPS-Geräten, unserem [NaturTrail-Faltblatt](#) sowie der Broschüre „Umweltdetektiv Baumbestimmung“ der [NaturFreundejugend](#) und einem Bleistift. Nach einer Einführung starteten die Kinder in vier Gruppen. Es waren altersgerechte Fragen etwa zum Naturschutz, zu einer Baumart, einer geschützten Tierart sowie zur Nuthe selbst zu beantworten, um jeweils einen „Cache“ zu entdecken. Um diese zu lösen, konnten die Kinder die bereitgestellten Umweltbildungsmaterialien zu Rate ziehen, die eine Vielzahl weiterer Informationen über das Naturschutzgebiet und den Fluss enthielten. Der letzte „Schatz“ wurde dann gemeinsam gefunden: mit einer kleinen „Schatztruhe“ mit Bio-Naschwerk wurden die Kinder für die Forscherarbeit belohnt.

Etwas schwieriger waren die Fragen, die die Lauchhammerer Jugendlichen der [NaturFreunde-Geocachingtour](#) im Juni dieses Jahres durch das Grünewalder Lauch lösen mussten. Hier waren neben na-

turkundlichen Fragen auch einige zur Verockerung der Gewässer und zu Erneuerbaren Energien zu lösen. Die dritte Tour führte entlang des Hellsees (S. 4). „Die Jugendlichen waren mit Begeisterung und Entdeckerdrang dabei und freuten sich über ihre »Schätze«, so Grit Gehrau. Die nächsten Geocachingtouren sollen mit unseren [NaturFreundegruppen](#) gemeinsam durchgeführt werden.“

Wolfgang Beiner

